

CH_VB 20018042 vom 30. November 1989

Bundesverwaltung, 1989-11-30, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20018042__td_

FR: CH_VB 20018042 du 30 novembre 1989

IT: CH_VB 20018042 del 30 novembre 1989

Erwägungen

E. 30

novembre 1989 auch darum, im dicht besiedelten Mittelland Gegenschläge auszuführen. Das hat Folgen für den Schutz der Zivilbevölkerung. Die Verantwortlichen beim Zivilschutz wissen das, haben dazu aber bis heute noch nicht abschliessend Stellung genommen; also auch hier eine Uebergangssituation. 3. In jüngster Zeit sind Aufsätze erschienen über den Problemkreis Landwirtschaft und Zivilschutz. Sie haben bestätigt, was man schon lange gewusst hat, nämlich dass gerade für die Landwirtschaft der Zivilschutz in gar keiner Weise Schutz bieten kann, weder für das Grossvieh noch für die landwirtschaftlichen Kulturen noch für die Futtermittel. Diese Frage ist ungelöst. Ein Bundesamt, das so viele ungelöste Probleme vor sich hat, darf nicht dermassen unterstützt werden für Propagandazwecke und Information. Es soll in erster Linie einmal gründliche Studienarbeit leisten, und dafür wird ja der Kredit auf 1,6 Millionen Franken erhöht. Es liegt am Zivilschutzamt, diesen Kredit richtig anzuwenden, damit in Sachen Studienarbeit etwas herauskommt. Die Gelder für Werbung und Information hingegen können und müssen wir beschränken. Ich bitte Sie deshalb, diesen Kürzungsanträgen zuzustimmen. Fähr: Ich bin mit Herrn Braunschweig einig: Das Image des Zivilschutzes heute ist nicht das allerbeste. Ich bin mir deshalb auch bewusst, dass es nicht sonderlich populär ist, sich für den Zivilschutz einzusetzen. Ich gehe mit ihm insofern einig, als der Zivilschutz heute ein Problem hat, das er vordringlich lösen muss: das Ausbildungsproblem. Nebenbei wird er - auch darin bin ich mit Herrn Braunschweig einverstanden - für die nächsten Jahre seine Konzeption anpassen müssen: Die Probleme der Katastrophenhilfe, Landesversorgung usw. sind zu berücksichtigen. Gestützt darauf ziehe ich in bezug auf die Anträge Braunschweig folgende Konsequenzen: Zum Antrag 1, Aufklärung der Bevölkerung. Da steige ich nicht auf die Barrikaden, das gestehe ich Ihnen offen. Bei Antrag 2, Betriebsausgaben, hingegen opponiere ich der Reduktion, und zwar aus zwei Gründen: 1. Der bisherige Budgetbetrag betrug 820000 Franken. Sie wollen ihn auf 440 000 Franken reduzieren. Im Budget sind 800 000 Franken vorgesehen, also findet die Reduktion bereits statt. Ob das nur den Transport betrifft, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, dass in diesen Betriebskostenausgaben zwei Teile drin sind, die dringend notwendig sind: 1. Druckkosten für die Merkblätter im Telefonbuch. Diese Merkblätter müssen nämlich der Katastrophenbewältigung angepasst werden. Das ist zwingend. Im übrigen wird ja auch der Sirenenalarm vereinfacht. Es wird inskünftig nur noch ein Zeichen geben, und nicht mehrere. 2. Schwarzenburg, das Ausbildungszentrum. Ich habe eingangs bewusst betont, dass Ausbildung für den Zivilschutz sehr, sehr wichtig ist. Die Motion Neuenschwander stösst ja auch in diese Richtung vor. Ich bin der Meinung, dass der Zivilschutz inskünftig vermehrt Prioritäten bei der Ausbildung setzen muss, und daher sind Gelder, die in das Ausbildungszentrum Schwarzenburg gesteckt werden, natürlich sinnvoll. Ich beantrage Ihnen daher, den zweiten Teil des Antrages Braunschweig,

Reduktion der Betriebskosten, nicht gutzuheissen. Fehr, Berichterstatter: Dieser Antrag lag in der Kommission nicht vor. Ich erlaube mir aber, Sie darauf hinzuweisen, dass Sie auf Seite 445a der Botschaft die Details finden, die hier zum Teil angesprochen wurden. Ich bin mit Herrn Fäh einig in bezug auf den zweiten Teil des Antrages. Ich bin nicht sicher, ob dort Herrn Braunschweig nicht ein Missverständnis unterlaufen ist, denn es geht natürlich nicht um die Transportkosten für die Ausstellung, die er kritisiert hat. Die Ausstellung ist sowieso erst 1991. Es sind Transportkosten, Frachtkosten für den Versand von Zivilschutzmaterial an den Bund. Da gibt es keine direkte Beziehung. Und was Herr Fäh auch gesagt hat: Es sind hier Betriebskosten des Ausbildungszentrums Schwarzenburg enthalten. Ich glaube, da kann man füglich kaum kürzen, es sei denn, man wolle hier in die Strukturen eingreifen. Was den ersten Teil anbelangt - ich wäre froh, wenn Herr Braunschweig nicht über beide Anträge gemeinsam abstimmen lassen würde -, hat der Mehraufwand vor allem mit der 1991 beabsichtigten Ausstellung zu tun. Ich überlasse es Ihnen, im Kontext von all dem, was hier heute schon gesprochen worden ist, abzuschätzen, ob eine Wanderausstellung «Der Zivilschutz einst und jetzt» zu den obersten Prioritäten unserer staatlichen Aktivitäten gehört. Je nachdem, wie Sie diese Frage entscheiden, werden Sie auch stimmen. Wie gesagt, die Kommission hatte keinen derartigen Antrag zu behandeln. Bezüglich Aufklärung, scheint es mir, seien Sie wirklich frei in Ihrer Entscheidung, bezüglich Betriebsausgaben hingegen nicht. Da bestehen Bindungen, die nicht einfach per Budgetbeschluss aufzuheben sind. M. Frey Claude, rapporteur: La commission n'a pas eu l'occasion de discuter des propositions de M. Braunschweig. Nous relèverons qu'en ce qui concerne l'instruction de la population, si le montant est augmenté pour l'année prochaine, cela est dû essentiellement aux expositions itinérantes prévues pour 1991, dans le cadre du 700^e anniversaire de la Confédération mais à organiser en 1990. La question est de savoir si on veut ou non ces expositions, mais il est évident que si on les veut, elles doivent être préparées en 1990. Par conséquent, je vous demande à titre personnel d'accepter ce montant car il me semble que c'est une occasion qui se présente de sensibiliser la population aux efforts de la protection civile. En ce qui concerne les dépenses d'exploitation, et notamment les frais de transport, il ne s'agit pas du tout de transporter le matériel des expositions mais bien des charges habituelles d'exploitation, et je relève par ailleurs que le montant prévu pour 1990 est légèrement inférieur, de 20 000 francs, au montant prévu pour le budget de cette année. Il n'y a donc pas d'augmentation budgétaire prévue à ce titre mais une diminution de 20 000 francs. Voilà pourquoi nous vous demandons de rejeter les deux propositions de M. Braunschweig. Bundesrat Stich: Für den ersten Antrag von Herrn Braunschweig habe ich sehr viel Verständnis. Man kann sich fragen, ob es erste Priorität ist, eine Ausstellung im Jahre 1991 über den Zivilschutz zu veranstalten, oder ob es nicht dringendere Vorhaben gibt, insbesondere wenn man zusätzliche Stellen verlangt, um die Ausbildung zu fördern. Man kann sich auch fragen, ob die Zivilschutzzeitschrift erweitert werden muss oder nicht. Da habe ich volles Verständnis. Hingegen bitte ich Sie klar, den zweiten Antrag abzulehnen. Dort geht es einfach um die Deckung von Auslagen, die der Bund und dieses Amt haben. Ich bin also froh, wenn Sie im zweiten Punkt den Antrag Braunschweig ablehnen. Im ersten haben Sie die Wahl, ob Sie eine zusätzliche Ausstellung haben wollen oder nicht. Abstimmung - Vote Pos. 408.343.01 Für den Antrag Braunschweig 52 Stimmen Dagegen ' 28 Stimmen Pos. 408.343.02 Für den Antrag Braunschweig

Stimmen Dagegen 63 Stimmen Pos. 408.453.01 Frau Stocker: Ich vertrete kurzfristig den Antrag meines Kollegen Laurent Rebeaud. Ich möchte Ihnen helfen zu sparen, und zwar schlagen wir Ihnen vor, die Zivilschutzbauten, die bereits im Bau sind, ein bisschen langsamer zu bauen, dadurch das betongewaltige Rad ein klein wenig zu bremsen. Es geht um einen Vorschlag, den Bau der Schutzbauten zu verzögern. Damit würden wir dem gerecht, was wir eigentlich in der Legislaturzielplanung

30. November 1989 N 1927 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1990 vorgeschlagen haben, nämlich einem - wenn schon - qualitativen Wachstum. Ich weiss nicht, mit wem Sie in den letzten Wochen und Monaten diskutiert und gesprochen haben. In den Gesprächen, in die ich verwickelt wurde, wurde das immer wieder gesagt: Offenbar ist es möglich, für jede Schweizerin und für jeden Schweizer einen Platz unter dem Boden in Beton zu giessen, aber kaum möglich, für jede Schweizerin und jeden Schweizer einen Platz zum Leben über dem Boden zu bauen. Wir können das nicht kurzfristig ändern. Wir werden aber aus den Resultaten vom letzten Sonntag lernen müssen. Wir werden auch den Zivilschutz überdenken müssen. Was wir jetzt können und worum ich Sie jetzt bitte, ist, diese Maschinerie nicht in diesem Höllentempo weiterfahren zu lassen. Max Frisch hat in seinem ketzerischen «Palaver» das Wort geprägt, dass die Schweizer eine besondere Affinität zu den Ming-Gräbern hätten. Ich habe keine Lust auf ein Ming-Grab, weder jetzt noch später. Der Ernstfall, um den wir jetzt politisieren, ist hier und heute, und der geht um die lebendige Bevölkerung hier und heute. Ich bitte Sie, dem kleinen Bremser meines Kollegen Rebeaud und dieser Kürzung, die das Betonwachstum verzögern könnte, zuzustimmen. Fäh: Ich kann mich den grundsätzlichen Überlegungen von Kollege Wanner, die er zum Gewässerschutz gemacht hat, anschliessen. Was wir hier diskutieren und beschliessen möchte ich Sie mit aller Deutlichkeit aufmerksam machen -, ist gar kein Problem des Zivilschutzes. Gar keines! Sondern es ist ein Problem der Zahlungsverpflichtungen. Worum geht es? Wenn Sie diesen Posten reduzieren - Budget 128, Kommission 123 Millionen -, treffen Sie nicht den Zivilschutz, sondern nur die Gemeinden. Diese Anlagen sind gebaut. Sie bremsen nichts, gar nichts! Wenn Sie reduzieren, bekommen die Gemeinden das Geld einfach etwas später, spätestens innerhalb von zwei Jahren, das ist nach Baumassnahmenverordnung Pflicht. Wohin das führt, haben Sie letztes Jahr erlebt, ich möchte Sie daran erinnern: Letztes Jahr mussten Sie 60 Millionen Nachtragskredite bewilligen, weil diese Frist abgelaufen war und der Bund an die Gemeinden zahlen musste. Mit anderen Worten, das ist eine unechte Einsparung oder eine Verschiebung, die wir hier vornehmen. Und ich bitte Sie, diese abzulehnen. Ich habe jetzt die Debatte verfolgt und spüre die Stimmung im Rat. Ich hatte ursprünglich den Antrag gestellt, bei 128 Millionen zu bleiben, aber nach dem Verlauf der Diskussion und gegen die einhellige Kommission habe ich keine Chance. Ich ziehe meinen Antrag zurück, bitte Sie aber dringend, den 123 Millionen zuzustimmen. Ich sage noch einmal: Mit einem Bremser hier treffen Sie nicht den Zivilschutz, Sie treffen die Gemeinden, die etwas in Ausführung gesetzlicher Bestimmungen gemacht haben. Wenn Sie bremsen wollen -darüber sprechen wir dann beim Antrag Hess Peter -, müssen Sie die Jahreszusicherungskredite bremsen, dann bremsen Sie effektiv, aber nicht bei den Budgetkrediten pro Jahr. Daher bitte ich Sie, den Antrag Rebeaud/Stocker abzulehnen. Fehr, Berichterstatter: Die Kommission hatte über einen Antrag zu entscheiden, der dem vorliegenden Antrag Rebeaud/Stocker entsprach. Sie hat sich mit 10 zu 2 Stimmen für die Fassung auf der Fahne entschieden. Die Überlegungen von Herrn Fäh sind schon richtig. Es sind natürlich nur indirekt Auswirkungen zu erzielen: Wenn Subventionsempfänger

nicht zu ihren Beiträgen kommen, sind sie vielleicht bei anderer Gelegenheit zurückhaltender. Diese indirekte Auswirkung ist nur mit einer weiteren Kürzung zu erzielen. Aber jetzt sind natürlich Verbindlichkeiten da, die gedeckt werden müssen. Wir halten die Kürzung um 5 Millionen für tragbar. Der Bundesrat hat sich damit einverstanden erklärt. Weiter möchten wir aber nicht gehen. Ich bitte Sie im Sinne der Mehrheit, der Kommission zuzustimmen und den Antrag Rebeaud abzulehnen. M. Frey Claude, rapporteur: Les montants inscrits à ce poste budgétaire le sont en fonction des engagements pris antérieurement sur la base des dispositions légales. Dès lors, M. Föh a rappelé à juste titre que si vous les diminuez encore, vous ne faites que repousser ce qui a été promis, en réalité, notamment à l'intention des communes. Par conséquent, la commission, par 10 voix contre 2, vous demande de rejeter la proposition d'économies - fausses d'ailleurs - de M. Rebeaud, et d'accepter la réduction de 5 millions prévue par la commission parce qu'elle correspond à peu près aux paiements que l'on peut attendre pour 1990. Cette réduction est raisonnable; aller au-delà ne le serait pas. Abstimmung - Vote Für den Antrag Rebeaud Minderheit Für den Antrag der Kommission offensichtliche Mehrheit Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu Schluss der Sitzung um 13.35 Uhr La séance est levée à 13 h 35

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Voranschlag der Eidgenossenschaft 1990 Budget de la Confédération 1990 In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1989 Année Anno Band V Volume Volume Session Wintersession Session Session d'hiver Sessione Sessione invernale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 04 Séance Seduta Geschäftsnummer 89.064 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 30.11.1989 - 08:00 Date Data Seite 1900-1927 Page Pagina Ref. No 20 018 042 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.